

## **Ö F F E N T L I C H E   N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 12. Sitzung des Bauausschusses**

vom:            **16.03.2022**  
von:            **17:00 Uhr**  
bis:            **20:04 Uhr**  
Ort:            **Bismarckhalle, Bismarckstraße 47,  
57076 Siegen, Großer Saal**

#### **Anwesend waren:**

##### Vom Bauausschuss:

Stv Heupel, Rüdiger	- als Vorsitzender
Stv Christian, Thomas	
Stv Cziba, Ansgar	
AM Dietrich, Erik	
Stv Dil, Yilmaz	
AM Dinter, Oliver	vertritt AM Reifenrath, Frank
AM Hellwig, Raimund	
AM Hoffmann, Thomas	vertritt Krämer, Hartmut - bis 20.35 Uhr
Stv Keßler, Silvia	
AM Lohmeier, Heinz Werner	
AM Mäckeler, Bernd	
Stv Pfeifer, Joachim	
AM Rothenpieler, Mark	
AM Schneider, Rainer	vertritt Grisse, Robert
Stv Schulz, Jürgen	
Stv Schwarzer, Michael	
AM Yousuf, Himat	- bis 20.42 Uhr

Beratende Mitglieder:

AM Katz, Heike

Aufgrund besonderer Einladung

Herr Witowski

Ingenieurbüro Klapp + Müller zu TOP 1 öT

Als Zuhörer:

Stv Boller

- TOP 1 öT

Von der Verwaltung:

StBR Schumann

Städt. BD Schreiber

VA Böcking

- bis TOP 4.1 öT

VA Dornseifer

- bis TOP 4.1 öT

VA Born

-- öffentlicher Teil –

VA Jenke

VA Krippendorf

VA Schneider. P.

- bis 20.07 Uhr (TOP 2 nÖT)

VA Meyer

VA Heide

VA Fazzio

StAR Münker

- bis 20.15 Uhr

VA Mockenhaupt

- als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Grisse, Robert

vertreten durch AM Schneider, Rainer

AM Krämer, Hartmut

vertreten durch AM Hoffmann, Thomas

Stv Reifenrath, Frank

AM Münch, Dr. Jochen

AM Özcan, Kürsat

**A. ÖFFENTLICHE SITZUNG****1. Ausführungsplanung zum Umbau des Knotens B54 / L719 "Schleifmühlchen"**

Vorlage Nr. VL 828/2022

**Die Verwaltungsvorlage des Tagesordnungspunktes wird gemeinsam mit dem Verkehrsausschuss und den Bezirksausschüssen III – Siegen-Ost und IV Siegen-Mitte des Rates der Universitätsstadt Siegen beraten.**

Einführend geht Frau Schreiber zunächst auf die Historie des Knotenpunktes ein. Die 2013 beschlossene Entwurfsplanung sei 2018 durch den Zuschussgeber bewilligt worden. Gegenüber dem Fördermittelgeber müsse man sich jährlich rechtfertigen, warum die Fördersummen in Millionenhöhe noch nicht verbaut worden seien und die Bezirksregierung Arnsberg müsse dies gegenüber dem Ministerium tun, warum man die Gelder für die Universitätsstadt Siegen parke und nicht anderen Kommunen zur Verfügung stelle. Aus diesem Grund sei sie dankbar für die gemeinsame Beratung der vier Ausschüsse, um Zeit einzusparen. Lagetechnisch unterscheide sich die Ausführungsplanung von der Entwurfsplanung wenig, dies sei dadurch begründet, dass der Entwurf bereits so geplant worden sei, dass dem Zuschussmittelgeber keine Änderungsanträge mehr vorgetragen werden mussten.

Anschließend erläutert Herr Witowski vom Ingenieurbüro Klapp + Müller anhand einer ausführlichen Präsentation, die aus den Teilbereichen „örtliche Gegebenheiten“, „Ausbau“, „Bauzeitliche Verkehrsführung“ und einer Zusammenfassung besteht, die Ausführungsplanung zum Umbau des Knotens B54/ L719 „Schleifmühlchen“.

➤ *Die Präsentation ist der Druckversion der Niederschrift als Anlage beigelegt. Im elektronischen Dokument ist sie unter dem entsprechenden Punkt zu sehen.*

Die Planung zusammenfassend ist festzustellen, dass der Verkehr in der Hauptachse zwischen Kochs Ecke und Kaan- Marienborn dauerhaft auch während der Bauphasen in beiden Richtungen möglich ist. Notwendig ist für einen Zeitraum die Abtrennung der Zufahrt zum Lindenberg. Der Verkehr in die Fludersbach wird per Ampel gesteuert und ist zeitweilig aus Richtung Kreisel nur als Einbahnstraße möglich. Die gesamte Baumaßnahme wird im Rahmen von 6 Bauabschnitten abgewickelt. Der erste kurze Bauabschnitt dient der Vorbereitung des Hauptabschnittes. Für den 2. Bauabschnitt sind in etwa 12 Monate vorgesehen. Während dieses Abschnittes werden der nördliche Teil des zukünftigen Kreisels sowie die Ufermauer zur Weiß erstellt.

Im Rahmen des 3. Bauabschnittes wird der Bereich Lindenberg hergestellt. Zeitlich geht man von einer Dauer von ca. 8,5 Monaten aus. Wenn die Straße zum Lindenberg wieder nutzbar ist, schließt sich ebenfalls für einen ähnlichen Zeitraum der 4. Bauabschnitt zur Herstellung des südlichen Bereiches des Kreisverkehrsplatzes an. Abschließend erfolgen die Herstellung der Mittelinsel, das Aufbringen der Randsteine sowie das Aufbringen der Gussasphaltdeckschicht. Das Aufbringen der Gussasphaltdeckschicht muss in einem Guss mit wenigen Schnittpunkten erfolgen, was eine Vollsperrung erforderlich macht. Dies wird an einem Wochenende erfolgen. Insgesamt geht man für die Baumaßnahme von einem Zeitraum von 2,5 Jahren aus. Die entscheidendsten Bauabschnitte stellen die Bauabschnitte 2, 3 und 4 dar.

Wunschtermin der Verwaltung für den Spatenstich ist der 1. November 2022. Dann besteht das Provisorium genau 20 Jahre.

Im Rahmen der Ausführungen des Ingenieurbüros sowie der Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass die Maßnahme mit allen Beteiligten abgestimmt worden sei. Anlieger und Gewerbetreibende könnten während der gesamten Baumaßnahme ihre Grundstücke erreichen. Auch Rettungsdienste und ÖPNV könnten durchgehend den Knoten befahren, die

Bauabschnitte seien mit ihnen besprochen worden. Hinsichtlich des ÖPNV für den Bereich Lindenberg müssten Ausweichrouten festgelegt werden.

Es wird aber auch seitens der Verwaltung angemerkt, dass mit dem Bau des Knotens „Schleifmühlchen“ nicht alle Verkehrsprobleme der Innenstadt zu lösen seien. Hätte man die Tangente mit dem Siegbergtunnel gebaut, stände auch mehr Platz zur Verfügung, um die Verkehre optimal zu führen. Seitens der Verwaltung wird dafür geworben, der Planung zuzustimmen, um aus dem derzeitigen Provisorium einen dauerhaften Kreisverkehrsplatz herzustellen.

Alle Verkehrsarten würden während der Bauphase geführt. Die Fertigstellung des Radweges Hainer Hütte vor Beginn der Baumaßnahme „Schleifmühlchen“ sei seitens der Verwaltung nie zugesagt worden. Der AK Radverkehr beschäftige sich auch mit dem Thema. Die Politik wisse, dass die Verwaltung optimiere und auf Vorschläge eingehe, um das Optimale herauszuholen. Man könne nicht von der Verwaltung verlangen, den Radverkehr im Rahmen der Baumaßnahme optimal aus Richtung Innenstadt nach Kaan- Marienborn, den Lindenberg oder in die Fludersbach führen zu können.

Der Ausbau des „Schleifmühlchens“ dürfe nicht mit der anstehenden SVB- Maßnahme in der Löhrstraße kollidieren und könne daher erst beginnen, wenn die Löhrstraße frei befahrbar sei. Gegebenenfalls müsse die Bauabschnittsplanung der Maßnahme „Löhrstraße“ angepasst werden. Die Löhrstraße sei für innerstädtische Ausweichrouten erforderlich. Ob für die innerstädtischen Ausweichstrecken noch Maßnahmen wie z. B. die Anordnung von Haltverboten oder Einbahnstraßenregelungen erforderlich werden, wird im Auge behalten und situationsbedingt erarbeitet, um darauf reagieren zu können wie sich die Verkehrsteilnehmer orientieren. Durch die Straßenverkehrsbehörde im Hause habe die Verwaltung die Möglichkeit, auf Baumaßnahmen im Umfeld, die die Baumaßnahme „Schleifmühlchen“ tangieren könnten, Einfluss zu nehmen. Die derzeitige Baumaßnahme „Koblenzer Straße“ tangiere das „Schleifmühlchen“ nicht.

Während der Bauphasen soll der Verkehr, der aus Richtung Wilnsdorf die Innenstadt erreichen will, weiträumig andere Umleitungen nehmen, wie z. B. über die Autobahn oder über Niederdielfen/ Kaan-Marienborn. Eine Umleitungsbeschilderung bereits in Wilnsdorf ist derzeit nicht vorgesehen. Presseveröffentlichungen werden erfolgen.

Bäume, die im Zuschussantrag enthalten gewesen seien, würden auch gepflanzt. Zum jetzigen Zeitpunkt des Prozesses sei man aber diesbezüglich noch nicht in der Detailplanung.

An der sich ergebenden Aussprache beteiligen sich die Herren Cziba, Wittenburg, Christian, Rompf, Boller, Semper, Dietrich, Hellwig, Heilmann, K. Schulz, Schoew, Kniep, Stinner, Englert, Jagielski sowie Frau Jung und Frau S. Schneider.

Im Rahmen der Aussprache wird thematisiert:

- In die detaillierte Planung sei viel Arbeit eingeflossen. Reibungsverluste werde es während der Bauphasen geben. Durch die ausführliche Beschreibung seien aber die Bedenken verringert worden. Die Planung sei schlüssig und nachvollziehbar. Die Maßnahme



stelle einen Beitrag zur Verkehrssicherheit dar. Bei der Diskussion über die Ausführungsplanung solle man sich nicht in Kleinigkeiten verlieren.

- Von einigen Ausschussmitgliedern wird kritisiert, dass die Verwaltung die Planung in einer Geschwindigkeit umsetzen wolle, die nicht gefalle. Der Lageplan habe erst kurzfristig vorgelegen. Die Planung enthalte noch keine Antworten zu den Baumstandorten, der Führung des Radverkehrs während des Umbaus und die Umleitungsregelungen. Enthalte die Ausführungsplanung derartige Festlegungen nicht, wird eine Beschlussfassung über die Vorlage nicht als möglich angesehen. In diesem Zusammenhang wird in Teilbereichen eine unzureichende Information kritisiert. Sich gewünschte Informationen in der Dienststelle einzuholen, wird nicht als geeignete Information der Öffentlichkeit angesehen.

Man habe durch die Ausführungen viele Informationen erhalten, wenn diese bereits früher vorgelegt worden wären, hätte man diese in den Fraktionen besprechen können. Es spräche nichts dagegen, die heutige Beratung als 1. Lesung zu betrachten, in den Fraktionen zu beraten und dann die Ausführungsplanung in einer weiteren Sitzung zu beschließen.

- Im Kreisverkehr wird der Radverkehr berücksichtigt. Es wird nachgefragt, an welcher Stelle die Radfahrer auf die Radverkehrsführung innerhalb des Kreisverkehrs geleitet werden und welche Verbesserungen sich für Fuß-, Rad- und Autoverkehr nach Fertigstellung des Kreisverkehrs ergeben.

Verbesserungen für den Radverkehr ergeben sich durch eine gezielte Führung und Herausnahme aus dem Mischverkehr. Für den Fußgänger erziele man Verbesserungen durch die höhere Anzahl von Querungsstellen und die Reduzierung der fußläufigen Verbindung sowie das Unterbinden unkoordinierter Quervorgänge. Für den Kraftfahrzeugverkehr finde man eine komfortable Verkehrsanlage vor, die den gültigen Radien und Neigungen entspreche, durch die Bypässe die Situation entlaste und durch eine Verbesserung der Entwässerung die Verkehrssicherheit erhöhe.

- Zur Frage, ob sich durch die Beteiligung an der Initiative Tempo 30 kostenreduzierende Veränderungen am Kreisverkehr oder Verbesserungen für den Radverkehr ergeben könnten, wenn die Geschwindigkeit auf der Frankfurter Straße auf 30 km/h reduziert werde, wird darauf hingewiesen, dass das Thema „Tempo 30“ im Zuge des Klimaschutzkonzeptes untersucht wird. Es werde nichts gebaut, was eine Reduzierung der Geschwindigkeit von 50 km/h auf 30 km/h verhindere.
- Das Bauvorhaben präge die Stadt und beeinträchtige während der Bauphase. Nach derzeitigem Stand betragen die Baukosten 6,5 Mio. €. Es gebe noch einen Ratsbeschluss, die Kostensteigerungen zu erläutern.
- Die Radfahrschleusen seien problematisch, da an mehreren Stellen Sicherheitsabstände nicht eingehalten würden. Diese Gefahrenquellen seien zu beleuchten.
- In der Ausführungsplanung seien die Pläne aus 2018 zur Neupflanzung von 10 Bäumen nicht erwähnt. Eine Einplanung sei bereits zu Beginn erforderlich, damit die Pflanzungen

im weiteren Verlauf nicht den Gegebenheiten, wie Kabel etc. zum Opfer fielen. Die Pflanzpläne für die Bäume müssten nachgeliefert werden.

Der Beschlussvorschlag stelle einen Freifahrtschein für die Verwaltung dar. Außerdem lägen die vom Rat geforderten Informationen noch nicht vor.

- Die Planung enthalte keine Aussage zur Radverkehrsführung während der Bauphase. Der Radweg Hainer Hütte müsse vor Beginn der Baumaßnahme fertiggestellt sein, um eine Umleitung zumindest Richtung Kaan- Marienborn zu gewährleisten.
- Vorgestellt sei nur die Verkehrsführung im Bereich des Kreisverkehrs. Die großflächige Verkehrsführung außerhalb dieser Fläche sei nur angedeutet worden und müsse noch für alle Bauphasen im Bauausschuss konkretisiert werden.
- Nach dem Gutachten von 2012/13 stellt die Abfahrt Lindenberg eine der am wenigsten genutzten Teiltangenten dar. Es wird gefragt, warum der Bypass als nötig erachtet wird und ob die dadurch erreichte Verbesserung so erheblich ist.
- Es wird die Frage aufgeworfen, inwieweit eine Verbesserung der Verkehrssituation in den Spitzenzeiten des Berufsverkehrs erwartet wird.
- Verkehrsteilnehmer würden versuchen, die Baustelle umfahren zu können. Eine Umfahrung sei zum Beispiel der Lohgraben. Bereits jetzt sei jedoch die Ausfahrt aus dem Lohgraben in Richtung Löhrtor problematisch. Damit die Umfahrungen nicht zu einem Problem während der Bauphase werden, wird die Planung der Ausweichstrecken thematisiert.
- Beim fertigen Bauwerk wird Richtung Lindenberg die Radfahrschleuse vermisst. Aus Richtung Lindenberg abwärts Richtung Innenstadt über Hainer Hütte/ Lohgraben stellt sich die Frage einer Verbesserung für den Radfahrer.

Aus Platzgründen ist die Radfahrschleuse am Lindenberg nicht zu erreichen, aber es gibt eine Grundstückszufahrt, wo man mit Hilfe einer Markierung auf der Fahrbahn dem Radfahrer verdeutlichen könnte, dort vom Gehweg wieder auf die Fahrbahn zu fahren. Mehr sei an dieser Stelle aufgrund der Gegebenheiten nicht möglich. Der AK Radverkehr werde sich damit noch beschäftigen. Eine Lösung zum Linksabbieger Richtung Hainer Hütte gibt es noch nicht.

- Die Ausführungsplanung wird als sinnvoll und der Bau als notwendig angesehen. Auch gehe es um die Zuschüsse. Ein weiteres Hinausschieben lasse die Baukosten nicht sinken. Aufgrund des durch den Rat beschlossenen Sperrvermerkes wird angeregt, dass der Bauausschuss dem Rat empfehlen sollte, den Sperrvermerk aufzuheben.
- In Zusammenhang mit dem ÖPNV wird das Zielkonzept begrüßt. Die Planung gefällt. Natürlich bestehen während der Bauphase Einschränkungen. Begrüßt wird ebenfalls der barrierefreie Ausbau der Haltestellen mit Wartehäuschen, die eine Attraktivitätssteigerung darstellen. Die Radverkehrsführung solle über die Gehwege abgewickelt werden, bei der Bypasshaltestelle aus Richtung Kaan- Marienborg Richtung Innenstadt wird ein

gewisses Konfliktpotential mit den Fußgängern bzw. den wartenden Fahrgästen gesehen. Finde dies parallel statt, wird eine entsprechende Markierung angeregt.

- Es werden mögliche Risiken im Bauablauf angesprochen.

Diesen Komplikationen im Bauablauf könne man durch eine ordnungsgemäße Planung entgegenwirken. Dass es Komplikationen geben könne, weil sich Leitungstrassen in der Realität anders darstellen als in den Plänen, davon könne man sich nicht freisprechen. Durch die Planung würden die Risiken auf Unabwägbarkeiten minimiert.

- Großbaustellen, wie z. B. in Eiserfeld, hätten gezeigt, dass sich die Verkehrsteilnehmer auch über Umfahrungen Gedanken machen. Erfolge kein Ausbau des Kreisverkehrs ginge eine 60 %ige Förderung verloren. Das derzeitige Provisorium sei – vor allem für die Zweiradfahrer – verkehrsgefährdend. Die Erneuerung des Provisoriums funktioniere auch nur durch entsprechende Bauphasen, dafür erhalte man jedoch keine Förderung, weiter entfielen die sichere Radverkehrsführung, die barrierefreie Fußgängerführung um den Kreisverkehr herum sowie die Reduzierung der Rückstaulängen in den Spitzenzeiten. Die Versorgungsunternehmen hätten die notwendigen Vorarbeiten der Leitungsverlegungen grundlos ausgeführt, damit seien Steuergelder verschwendet worden. Dem Verwaltungsvorschlag sollte gefolgt werden.
- Das Zerreden der Maßnahme solle vermieden werden. Es gebe einen klaren Beschluss zum Bau des Kreisverkehrs. Man habe eine gute Aufschlüsselung erhalten. Dass bei einer solchen Maßnahme noch Details zu klären seien, stelle eine Normalität dar und sollte auch zugelassen werden. Eine solche Maßnahme könne nicht zu 120 % vorab geplant sein. Hinsichtlich der Bäume habe die Verwaltung entsprechende Aussagen getroffen.

Die aufgeworfenen Fragen der Ausschussmitglieder werden durch Frau Schreiber, Herrn Jenke und Herrn Witowski abschließend beantwortet.

Die offengebliebenen Fragen nach den zeitlichen Verbesserungen während der Spitzenzeiten des Berufsverkehrs und des Bypasses sind in dem Gutachten von 2013 angesprochen worden. Die entsprechenden Zeitanteile werden zur Niederschrift gegeben, so Frau Schreiber.

#### **Antwort der Verwaltung:**

*Durch den vorgestellten Ausbau des Knotenpunktes „Schleifmühlchen“ verbessert sich rechnerisch die Qualität (Wartezeit) in allen Zufahrten um mindestens eine bis zu fünf Qualitätsstufen (gem. Handbuch zur Bemessung von Straßenverkehrsanlagen HBS). Sowohl in der Morgen- als auch in der Nachmittagsspitze (Berufsverkehr) werden in den Zufahrten Marienborner Straße, Fludersbach, Frankfurter Straße vom Lindenberg die Qualitätsstufe A oder B (Wartezeit < 10 bzw. 20 Sekunden) erreicht. Lediglich nachmittags wird in der Frankfurter Straße von Koch's Ecke kommend die Stufe D erreicht, was jedoch noch immer eine Verbesserung zur heutigen Situation darstellt (derzeit F). Für detaillierte Erläuterungen sei auf die Vorlage 1953/2013 verwiesen.*

Man befinde sich in einem Prozess und habe bereits mehrfach deutlich gemacht, dass man solche „Kleinigkeiten“ im Verhältnis zur Gesamtbaumaßnahme noch besprechen könne, so Herr Stadtbaurat Schumann. Er wirbt dafür, die Gesamtbaumaßnahme deshalb nicht in Fra-

ge zu stellen. Es handele sich um Dinge, die möglicherweise noch optimiert werden könnten. Alternativen sei eine komplette Neuplanung oder den Knoten kaputt gehen zu lassen und unkoordiniert zu bauen. Die Verwaltung werde im Arbeitskreis und in den Fachausschüssen die Thematik besprechen, die Umleitungen situativ angehen. Er plädiere dafür, die Verwaltung auf Basis dieser Planung weiterarbeiten und die kleineren Anpassungsmaßnahmen in den nächsten Monaten angehen zu lassen.

Zu den Bäumen ergänzt Frau Schreiber, die Baumkommission habe das Pflanzen von 7 Bäumen im Bereich Schleifmühlchen oder im Stadtgebiet beschlossen. Im Bereich des Kreisverkehrs „Schleifmühlchen“ könnte der Mittelteil des Kreisverkehrs in Frage kommen.

Nach Abschluss der Aussprache wird die Verwaltungsvorlage einschließlich der Empfehlung, den Sperrvermerk aufzuheben zur Abstimmung gestellt.

Die Ausschüsse stimmen getrennt über die Verwaltungsvorlage mit der Ergänzung hinsichtlich des Sperrvermerkes ab.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, den Knotenpunkt „Schleifmühlchen“ (B 54 Frankfurter Straße / L 719 Marienborner Straße / Fludersbach), wie im beigefügten Lageplan dargestellt unter Berücksichtigung der dargestellten Bauphasen und Verkehrsführung während der Bauzeit, auszubauen und empfiehlt dem Rat der Universitätsstadt Siegen, den Sperrvermerk aufzuheben.

**Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 6 dagegen (FDP/Volt/Linke/Grüne), 0 Enthaltung(en)**

**12. BA 16.03.2022**

Die Sitzung des Bauausschusses wird für die Zeit von 18.50 Uhr bis 19.05 Uhr unterbrochen.

Vor Fortsetzung der Sitzung und Eintritt in die weitere Tagesordnung beantragt Herr Hellwig, den Tagesordnung 5 des nichtöffentlichen Teils „Musikpavillon“ aufgrund des öffentlichen Interesses an den Kostensteigerungen in den öffentlichen Teil zu verschieben.

Herr Stadtbaurat Schumann und Frau Krippendorf verweisen darauf, dass die Vorlage an mehreren Stellen auf Vergabeinformationen eingehe, so dass die Verwaltung der Auffassung sei, dass die Vorlage im nichtöffentlichen Teil verbleiben müsse. Das Vergabeverfahren sei noch nicht durchgeführt worden. Grundsätzliche Fragen könnten beantwortet werden.

Der Antrag von Herrn Hellwig, die Vorlage „Rund um den Siegburg, Mehrkosten bei der Maßnahme Neubau Musikpavillon“ in den öffentlichen Teil zu verschieben, wird bei

**6 Ja- Stimmen und 8 Nein- Stimmen**

mehrheitlich abgelehnt. Der Punkt verbleibt im nichtöffentlichen Teil.

Sodann wird die Tagesordnung wie folgt fortgesetzt:

## **2. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 09.02.2022**

Es liegen keine Hinweise zur Niederschrift vor.

**12. BA 16.03.2022**

## **3. Fragestunde**

Es liegen keine Anfragen vor.

**12. BA 16.03.2022**

## **4. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung**

### **4.1 Verzögerung von Baumaßnahmen und deren mögliche Ursachen - Antrag der SPD- Fraktion**

Vorlage Nr. AT 185/2022

Vorlage Nr. AT 185/2022 A

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde vorab im Rahmen der Ergänzungsvorlage zur Verfügung gestellt.

Anlass des Antrages sei die letzte Bauausschusssitzung und die dort angesprochen und nicht geklärten Ursachen für die Verzögerungen bei den Vergaben und letztlich die Farce der Abstimmungen im Bau- und im Vergabeausschuss gewesen, so Herr Pfeifer. Im Rahmen der Beschäftigung mit der Thematik sei er auf eine Gesetzgebung des Landes NRW aus 2020 zur Reform der kommunalen Grundsätze gestoßen. Ziel der Reform sei es gewesen, den Kommunen ein praktikables und wirksames Instrument an die Hand zu geben, um die Vergabe öffentlicher Aufträge zu stützen sowie die erforderliche Erneuerung der öffentlichen Strukturen voranzutreiben.

Die Struktur des Vergabeausschusses sei ihm nicht verständlich. Entsprechend der Antwort der Verwaltung sei ein politischer Spielraum stark eingeschränkt, da die Vergabekriterien eine abweichende Auswahl nicht zulassen. Faktisch heiße dies, dass Bau- und Vergabeausschuss lediglich „abnicken“. Die meisten Städte und Kommunen in NRW kämen ohne Vergabeausschuss aus, so dass sich die Frage stelle, warum man dann einen habe. Regelungen für die seltenen Aufhebungen könnten auch anders erfolgen. Er spreche sich für die Abschaffung des Vergabeausschusses aus. Ein Durchlauf durch Bau- und Vergabeausschuss erhöhe den Aufwand und verzögere.

Zur Thematik Wertgrenzen führt er aus, diese seien da, um die Art der Ausschreibung festzulegen. Die Antwort der Verwaltung enthalte keine Nennung der Wertgrenzen. Das Land NRW habe diese Wertgrenzen erheblich erhöht. Davon sei in Siegen nichts festzustellen. Es beste-

he die Möglichkeit, aber in Siegen liege man zwischen 20 und 80% hinter den Möglichkeiten zurück, die das Land einräume.

Weiter gebe es kleinkarierte Vergabevorschriften, die den Aufwand ins absurde führen. Sei zum Beispiel ein Auftrag vergeben worden und irgendwann komme es zu einer Überschreitung der Planung von 5 %, dann bedürfe diese Nachtrag einer neuen Vorlage und eines Durchgangs im Bau- und Vergabeausschusses. In diesem Zusammenhang verweist er auf ein Beispiel bei dem es um den Betrag von 1.500 € ging. Als Gründe seien Korruptionsbekämpfung, Gleichbehandlungs- und Transparenzgrundsätze, Förmlichkeit der Verfahren und die Notwendigkeit organisatorischer Maßnahmen bei Erhöhung der Wertgrenzen genannt.

Sein Fazit sei, dass es um totales Sicherheitsdenken des Verantwortungsbereiches gehe. Möglicherweise gebe es auch Menschen, die Verantwortung vermeiden wollen. Es verbleibe die Frage, warum die Reform des kommunalen Vergaberechtes an der Universitätsstadt Siegen vorbeigegangen sei. Er plädiere für die Abschaffung des Vergabeausschusses und die Erhöhung der Wertgrenzen. Er wünsche sich, dass es im Bauausschuss zu einer entsprechenden Beschlussfassung komme, andernfalls werde die SPD zur nächsten Sitzung einen entsprechenden Antrag stellen.

Die Volt- Fraktion habe den Antrag begrüßt. Hinsichtlich des Verfahrens bei Dringlichkeitsentscheidungen sei eine Anpassung der Vergabevorschriften dringend geboten. Im Ältestenrat sei die Thematik und die Frage der Aufteilung der Vergaben auf die jeweiligen Fachausschüsse angesprochen worden, so Herr Dietrich. Es gehe auch um die Verschlinkung der politischen Strukturen. Er halte jedoch den Bauausschuss nicht für das korrekte Gremium für eine solche Entscheidung, sondern sehe die Zuständigkeit eher im Haupt- und Finanzausschuss bzw. dem Rat.

Aufgrund der Diskussion im Ältestenrat werde die Verwaltung für den Rat einen Vorschlag unterbreiten, wie die Vergaben ohne einen Vergabeausschuss abgewickelt werden könnten. Aufgrund der anstehenden Neuzusammensetzung der Ausschüsse sei der Zeitpunkt passend, darüber sachlich zu diskutieren, so Herr Schumann. In der Regel werde es in den Kommunen so gehandhabt, dass ein Beschaffungsbedarf festgestellt, definiert und beschlossen wird. Die Vergabe als solche ist Sache der Verwaltung. Für die Information der Politik und die Transparenz gebe es auch Sicherungsmechanismen. Die Vorlagenerstellung zur Beratung in den Ausschüssen Sorge für eine massive Verzögerung. Es sei tatsächlich so, dass seitens der Ausschüsse kaum Einfluss bestehe. Die Ausschussmitglieder machten sich sogar bei einer Falschentscheidung schadensersatzpflichtig, wenn dadurch eine Vergabe gestoppt werde, da bei öffentlichen Vergaben eine Einflussnahme durch politische Entscheidungen nicht vorgesehen sei.

Sodann geht er auf die inhaltlichen Punkte von Herrn Pfeifer ein und differenziert zwischen dem Thema „Wertgrenzen, hausinterne Wertgrenzen und Landeswertgrenzen“ und dem Thema Vergabeausschuss.

Durch die kaskadenförmige Anordnung der Art der Ausschreibung steige nicht der Aufwand, da die Beschreibung der Leistung und die Erstellung des Leistungsverzeichnisses immer gleich bleibe. Was sich ändere, sei der Kreis der Beteiligten. Der RPA- Leiter als Antikorrupsionsbeauftragter habe immer wieder betont, den Grad der Vergaben, die innerhalb der

Fachabteilung erledigt werden, zu limitieren. Werde dort die Wertgrenze extrem hoch gesetzt, hätten die Vorgesetzten zwar noch einen Blick darauf, aber keine Vergabestelle oder das RPA sehe was passiere. Daher sei der Grad der Korruptionsanfälligkeit höher als bei einem größeren Kreis der Beteiligten.

Eine Anpassung der Wertgrenzen sei im Februar dieses Jahres erfolgt.

Die eigentliche Arbeit stecke in der Vorbereitung und Ausschussarbeit, um fristgerecht die Vorlagen zu erstellen und bedeute zeitliche Verzögerungen, da für jedes einzelne Gewerk entsprechende Vorlagen zu erstellen seien.

Für die Verwaltung wäre es hilfreich, nicht in den Vergabeausschuss zu müssen und die Grenzen für Geschäfte der laufenden Verwaltung genau zu definieren, so Herr Schumann. Informationen über Projekte lassen sich der Politik auch ohne einen Vergabeausschuss geben, wie zum Beispiel über Statusberichte.

Herr Cziba ist über die Art der Vorlage erstaunt und möchte im Bauausschuss nicht über die Existenz des Vergabeausschusses entscheiden. Der Vergabeausschuss sei möglicherweise ein Mitgrund, nicht aber die Ursache. Ein größerer Bieterkreis führe seines Erachtens automatisch zu anderen Preisgestaltungen. In letzter Zeit seien häufig Vergaben aufgrund zu hoher Preise zurückgenommen worden. Manchmal gebe es lediglich einen Bieter, der dann verlangen könne, was er wolle. Es sei wichtig, dass die Politik mitentscheide und solche schwerwiegenden Entscheidungen mittrage. Dies sei in der Verwaltung nicht zu lösen. Auch wolle er nicht, dass die Verwaltung machen könne, was sie wolle. Die Vorlagen seien häufig die letzte Information über den Stand von Baumaßnahmen. Würden diese Vorlagen entfallen, sei die Politik nicht informiert. Die Politik habe eine hohe Verantwortung, sie wolle nichts verhindern, aber informiert sein. Man befinde sich im Umbruch, es gehe hin zur Elektronik. Die Anzahl der Bieter und Bieterinnen habe in den letzten Jahren abgenommen. Der Baubereich biete aufgrund der großen Summen, die bewegt würden, Anfälligkeit für Korruption.

Herr Christian hält es für sinnvoll, den Antrag als Anregung an die Verwaltung verstanden zu wissen. Man wolle nicht der Verwaltung die alleinige Verantwortung zuschieben, wenn es zu Verzögerungen von Baumaßnahmen komme. Unterbreite die Verwaltung einen Vorschlag, den Vergabeausschuss obsolet zu machen, sehe er die Zuständigkeit des HFA oder Rates. Zur Ankündigung von Herrn Pfeifer eines entsprechenden Antrages, merkt er an, darüber werde die Fraktion entscheiden.

Herr Pfeifer wirbt dafür, da die Landesregierung extra ein Gesetz erlassen habe, um eine Beschleunigung zu erreichen, dass der Bauausschuss initiativ auffordert, die Reformmöglichkeit mitzutragen. Dies entspreche seinem Selbstverständnis als Mitglied des Bauausschusses. Sein Eindruck sei, dass sowohl im Vortrag von Herrn Cziba als auch beim RPA der Wille zur Kontrolle sehr hoch sei. Der eine, weil man nicht wolle, dass die Verwaltung etwas tue, was man nicht nachvollziehen könne, der andere aus Angst vor Korruption, dies sei lähmend und kontraproduktiv.

Die Grundidee des Antrages sei in Ordnung, so Herr Mäckeler. Die Struktur müsse geändert werden, die Vorlage für Bau- und Vergabeausschuss sei die gleiche, man gewinne durch die Abschaffung des Vergabeausschusses nur eine Woche. Es könne aber nicht sein, dass wegen eines geringfügigen Betrages von z. B. den genannten 1500 € ein solches Verfahren notwen-

dig werde. Man müsse an den Strukturen arbeiten und die Grenzen anpassen. Die alleinige Abschaffung des Vergabeausschusses bringe nichts. Die Arbeiten bleiben die gleichen, es fehle auch die Manpower im Baubereich, um die Maßnahmen abarbeiten zu können.

Auch die CDU- Fraktion habe sich mit der Thematik beschäftigt und begrüße, dass die Verwaltung parallel daran arbeite die Strukturen zu verschlanken, so Herr Rothenpieler. Er sehe aber auch die Zuständigkeit von HFA/ Rat.

Die Verwaltung arbeite sowohl an der Neuordnung der Ausschüsse als auch an der Zuständigkeitsordnung. Er tue sich schwer, die Verwaltung unter Generalverdacht zu stellen, sie sei korruptionsanfällig, so Herr Dietrich.

Es ergibt sich eine kurze Aussprache darüber, ob eine Beschlussfassung erfolgen sollte, an der sich die Herren Christian, Heupel, Cziba und Pfeifer beteiligen.

Da er das Selbstverständnis des Bauausschusses vermisst, beantragt Herr Pfeifer als Initiativantrag:

- ❖ Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen befürwortet die Überarbeitung der Zuständigkeitsordnung unter besonderer Berücksichtigung des Vergabeausschusses.
- ❖ Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung über die Veränderung der Wertgrenzen die Vergaben zu beschleunigen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Landes.

Herr Meyer stellt fest, er komme aus der Privatwirtschaft und dort werde den Mitarbeitern mehr Vertrauen geschenkt als in der Verwaltung. Welche Verantwortung er dort getragen und über welche Mittel er zu entscheiden gehabt hätte im Gegensatz zur Handhabung in der Verwaltung, habe ihn irritiert. Die Mitarbeiter verbrauchen sicherlich ca. 30-40 % ihrer Zeit dafür, Vorlagen zu erstellen. Er sei ein Freund der Information. In der Privatwirtschaft gebe es sogenannte Leistungsmeldungen. In regelmäßigen Abständen werde darüber informiert, wie ein Bauvorhaben technisch, terminlich und wirtschaftlich laufe, prognostiziert auf das Ende der Baumaßnahme. Diese Information benötige die Politik, was legitim sei, alles andere obliege der Verwaltung. Wie wenig Vertrauen den Mitarbeitern der Verwaltung entgegen gebracht werde, hätte er nicht erwartet.

Der Antrag von Herrn Pfeifer wird getrennt zur Abstimmung gestellt.

### **Beschluss:**

Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen befürwortet die Überarbeitung der Zuständigkeitsordnung unter besonderer Berücksichtigung des Vergabeausschusses.

**Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 4 dagegen (Grüne/ Links), 6 Enthaltung(en)**



**Beschluss:**

Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung über die Veränderung der Wertgrenzen die Vergaben zu beschleunigen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Landes.

**Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 4 dagegen (Grüne/ Links), 6 Enthaltung(en)**

**12. BA 16.03.2022**

**5. Mitteilungen der Verwaltung**

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

**12. BA 16.03.2022**

- 6. 101. Änderung des Flächennutzungsplan und Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ im Stadtteil Breitenbach (Feststellungs- und Satzungsbeschluss)**  
**hier: - Auf § 31 GO NW wird hingewiesen –**  
**Zusammenfassende Prüfung und Abwägung aller im Planverfahren eingegangenen Anregungen und Hinweise –**  
**Beschluss der 101. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Siegen –**  
**Beschluss des Bebauungsplanes Nr. 431 "Reitstall Daub"**

Vorlage Nr. VL 776/2022

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- die im Verfahren zur 101. Änderung des Flächennutzungsplans und zum Bebauungsplan Nr. 431 "Reitstall Daub" eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 3 und 4), insbesondere die Anregungen und Hinweise aus den Beteiligungen der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 und 2 BauGB und der Beteiligungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 und 2 BauGB, entsprechend der Anlagen 5 und 6 zu behandeln. Die Anlagen sind Bestandteil der Beschlussfassung
- die 101. Änderung des Flächennutzungsplans in der Fassung vom 15.02.2022 (Anlage 7) samt Begründung und Umweltbericht (Anlagen 8 und 9)
- den Bebauungsplan Nr. 431 "Reitstall Daub" (Anlage 11) in der Fassung vom 17.02.2022 als Satzung samt Begründung und Umweltbericht (Anlagen 12 und 13).

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**

**12. BA 16.03.2022**

**7. 1. Novellierung der Richtlinie zum Klimaschutz- und -anpassungsförderprogramm der Stadt Siegen**

Vorlage Nr. VL 792/2022

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die 1. Novellierung der Richtlinie zum Klimaschutz- und –anpassungsförderprogramm der Stadt Siegen in der vorliegenden Form. Diese bildet fortan die Grundlage für die Bearbeitung der Förderanträge und löst somit die vorherige Version der Richtlinie vom 15.04.2021 ab.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**

**12. BA 16.03.2022**

gez. Heupel  
Vorsitzender

gez. Mockenhaupt  
Schriftführerin







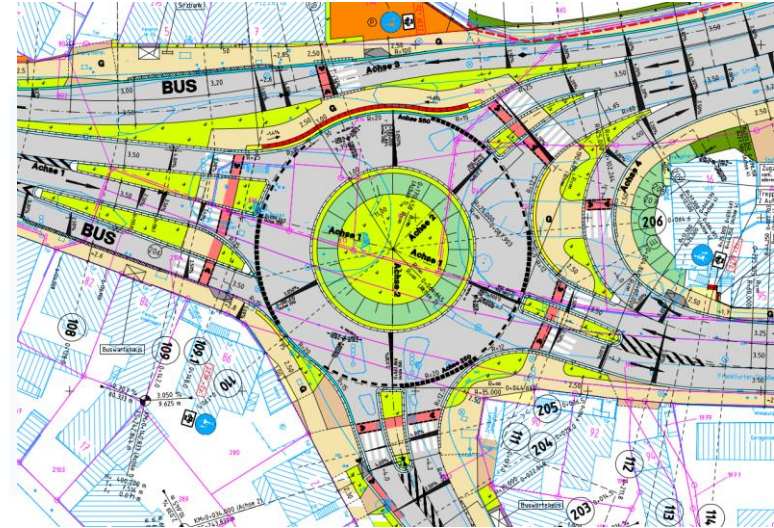


## Umbau des Knotens B54 / L719 „Schleifmühlchen“

Ausführungsplanung

Vorstellung Planung –

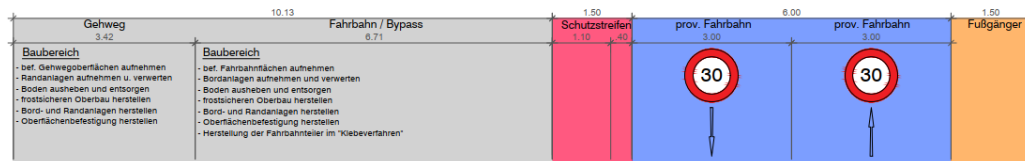
Bauausschuss / Verkehrsausschuss  
Bezirksausschuss Siegen-Mitte  
Bezirksausschuss Siegen-Ost



Referent:

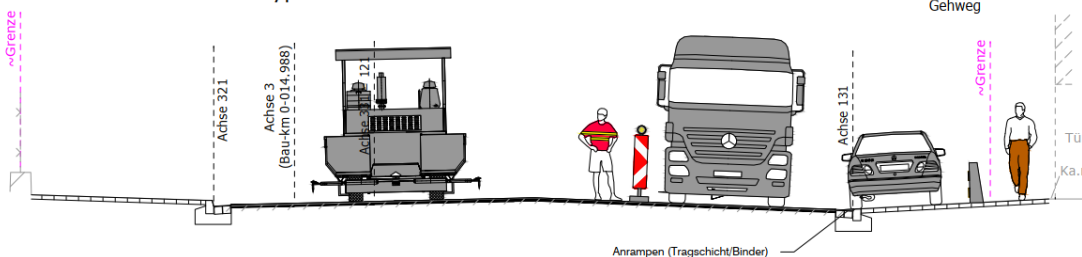
Jan Witowski, M. Sc.

Bauphase 2  
(Profil 100 "Frankfurter Straße West")



Bypass

Gehweg



Hs. 66



## Gliederung

1. Örtliche Gegebenheiten
2. Planerische Maßnahmen
3. Bauzeitliche Verkehrsführung / Verkehrssicherungsplanung
4. Zusammenfassung

## Örtliche Gegebenheiten

### Zwangspunkte

- Angrenzender Vorfluter „Weiß“
- Vorh. Zufahrten / Einmündungen / Knotenarme
- Infrastruktur (hier: unterirdische Bauwerke)
- Vorh. Eigentumsverhältnisse



### Bauliche Substanz

- Mangelnde Längs- und Querebenheiten
- Absackungen, Verdrückungen, Netzrisse
- Handlungsbedarf zur Verkehrssicherung



### Nutzungsansprüche

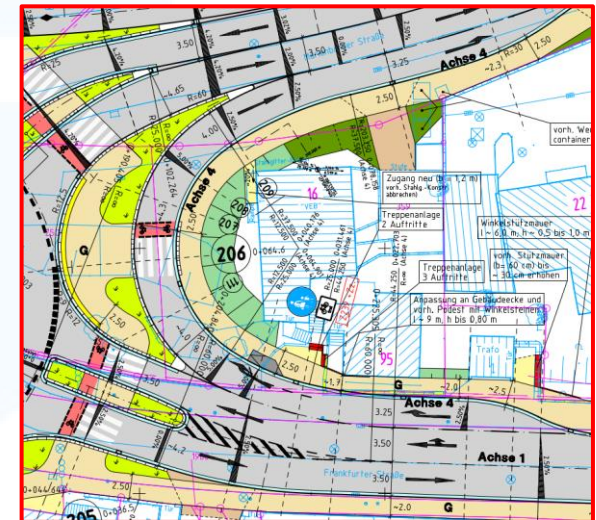
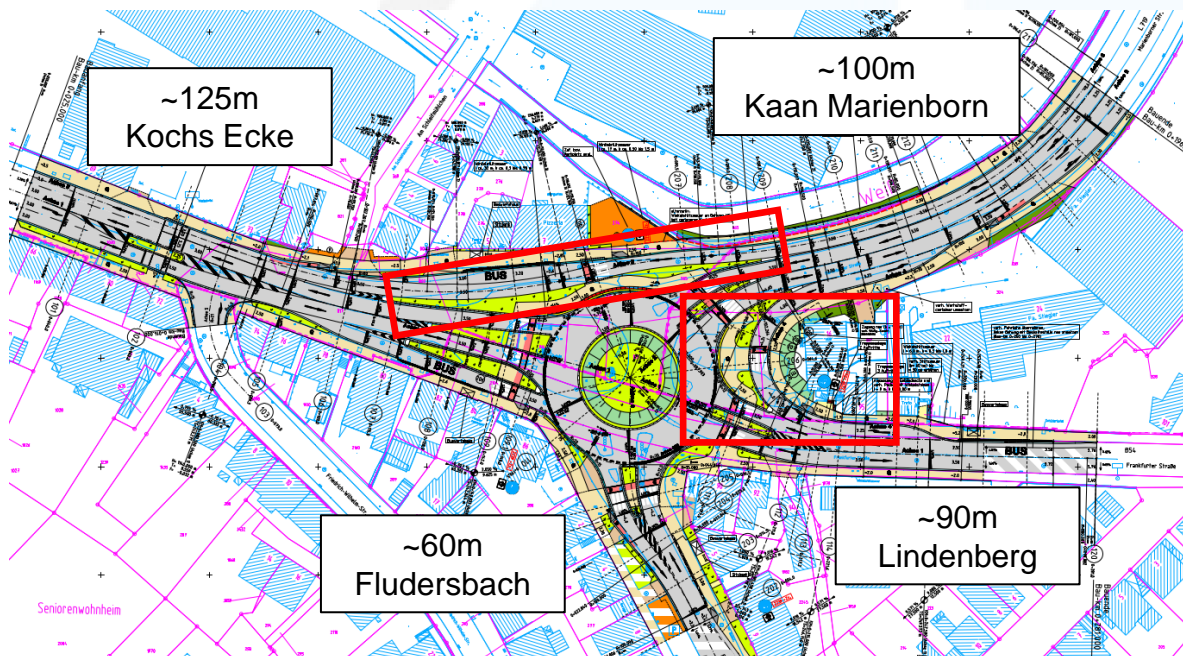
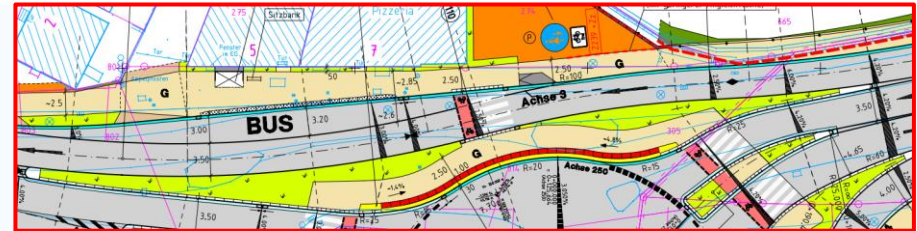
- Motorisierter Individualverkehr
- Radverkehr
- Fußgängerverkehr
- ÖPNV
- Barrierefreiheit



## Planerische Maßnahmen

### Geometrien

- 4-armiger Kreisverkehrsplatz analog zu Entwurfsplanung
- Eingriffsbereiche bis ~125 m in die Knotenpunktarme
- Erhaltung Zufahrtsbeziehungen
- Erhaltung des Bypasses Kaan Marienborn – Kochs Ecke
- Neubau Bypass Lindenberg – Kaan Marienborn



**Grundsätzliche Knotenpunktgestaltung gem. Entwurfsplanung!**





## Planerische Maßnahmen

### Erneuerung Ufermauer

- Optimierte Querschnittsgestaltung
- Herstellung des Gehweges als Kragplatte
- Wasserrechtliche Genehmigung gem. §22 LWG
- Defizitäre bauliche Substanz des bestehenden Bauwerkes

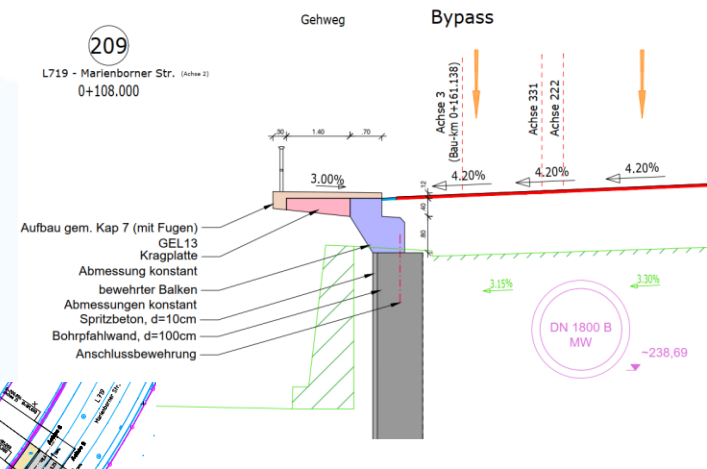
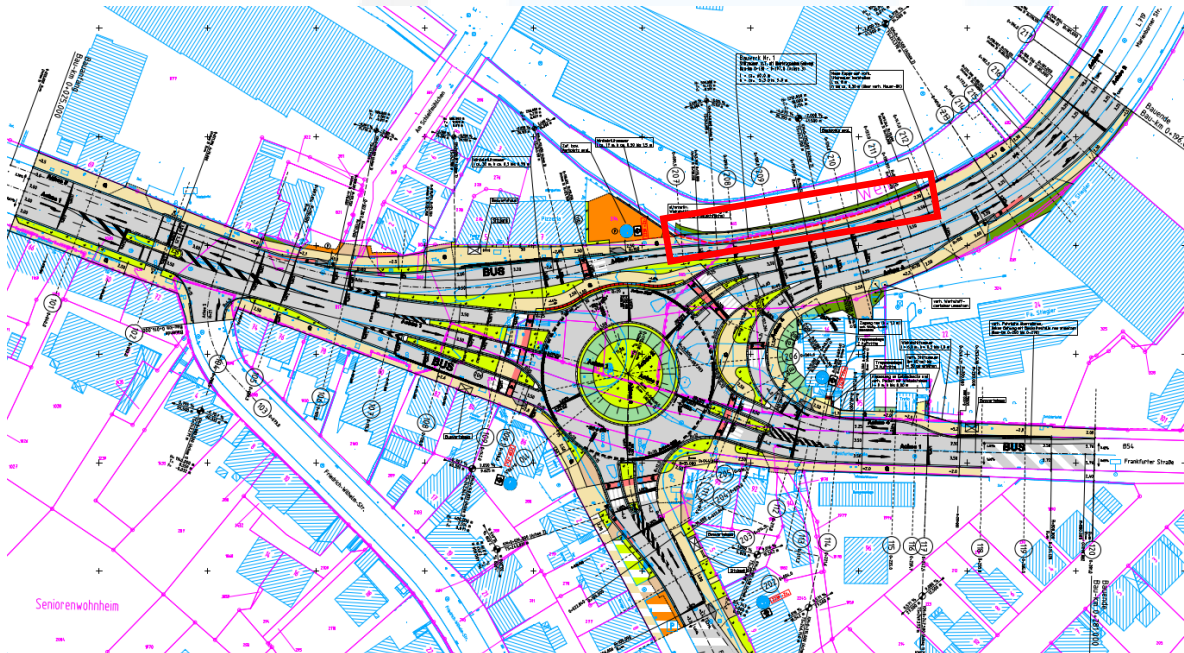


Bild 16: „Händisch“ geöffnetes Mauerwerk bei Bohrkern BK6



**Erneuerung des vorh. Stützbauwerkes unter Anwendung von Bohrpfehlen!**

## Planerische Maßnahmen

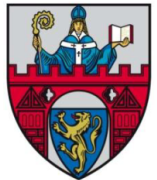
### ÖPNV

- Erhaltung bestehender Haltepunkte
- Optimierung der „Anfahrbarkeit“
- Barrierefreier Ausbau
- Wetterschutzeinrichtung

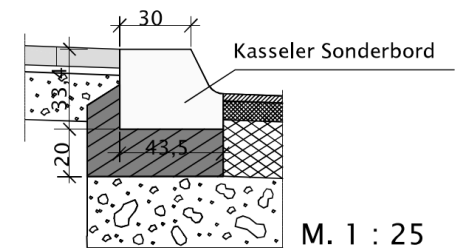
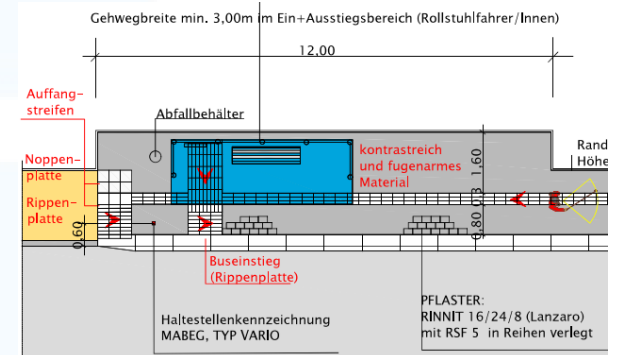
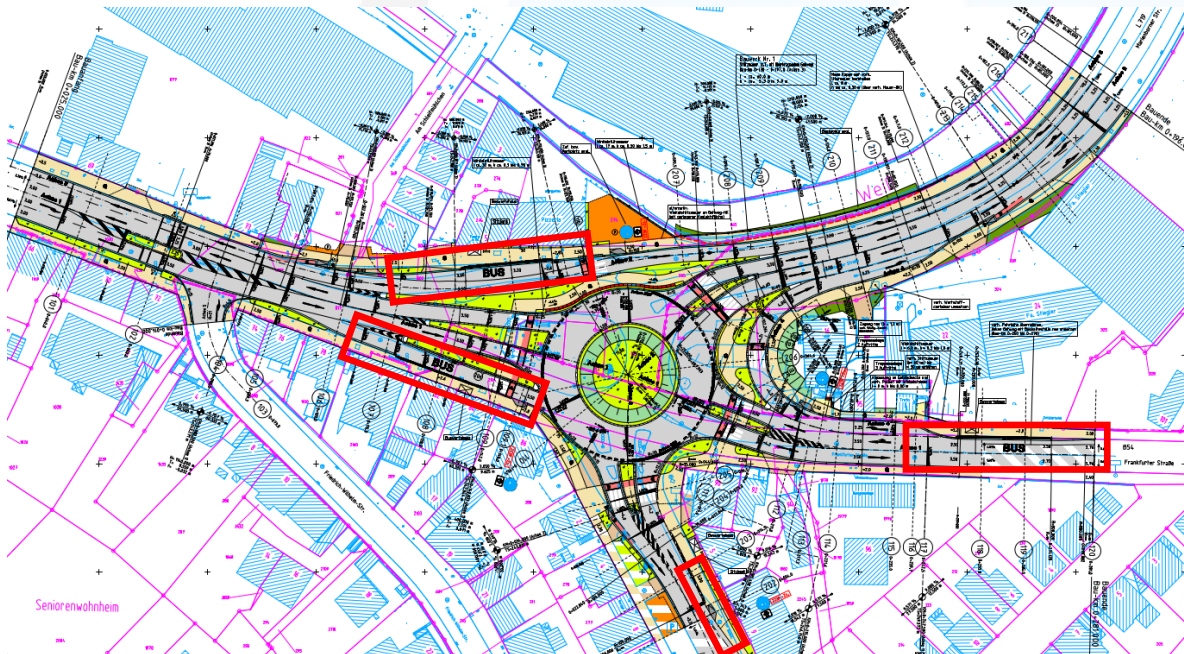
### Leitfaden

## Barrierefreies Bauen

Im Straßenbereich der Universitätsstadt Siegen



**Südwestfalen**  
Regionale 2013



**Förderung des ÖPNV durch geeignete Haltepunkte und barrierefreie Gestaltung!**



## Planerische Maßnahmen

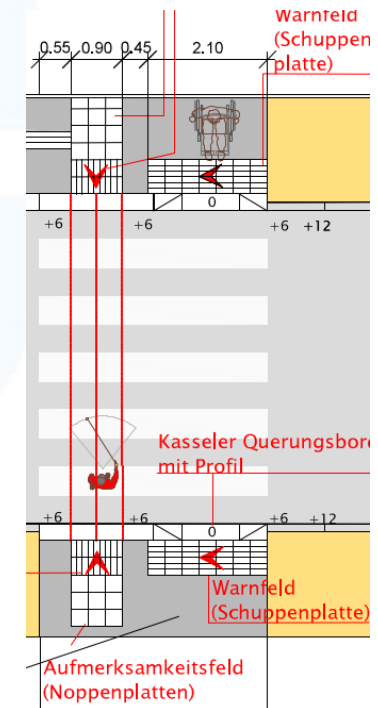
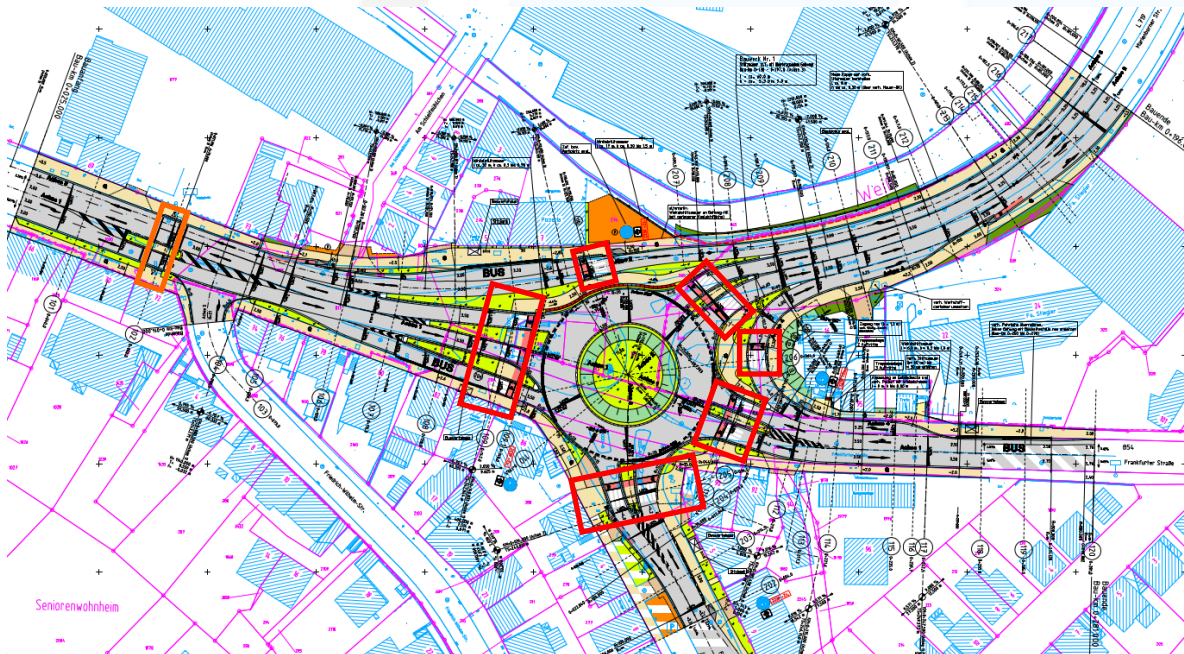
### Fußgängerverkehr

- Bevorrechtigung Fußgängerverkehr durch FGÜ
- Querungen in sämtlichen Knotenarmen
- Barrierefreie Gestaltung der Querungsstellen
- Erhalt vorh. LSA
- Leitsystem

Leitfaden

## Barrierefreies Bauen

Im Straßenbereich der Universitätsstadt Siegen

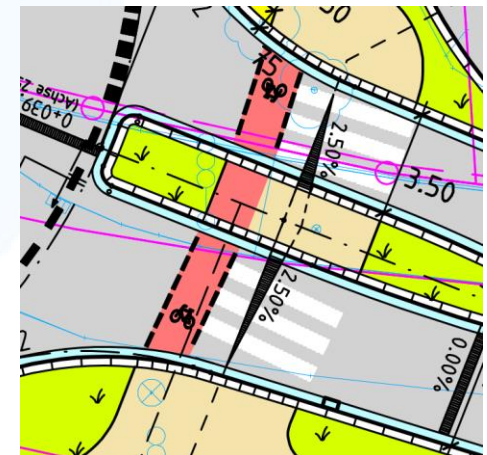
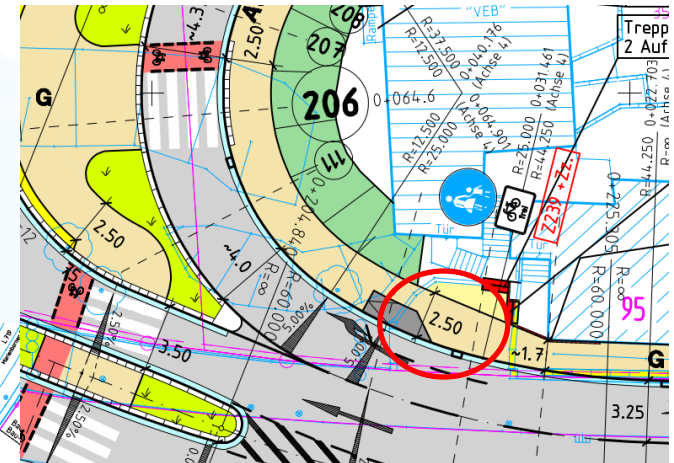
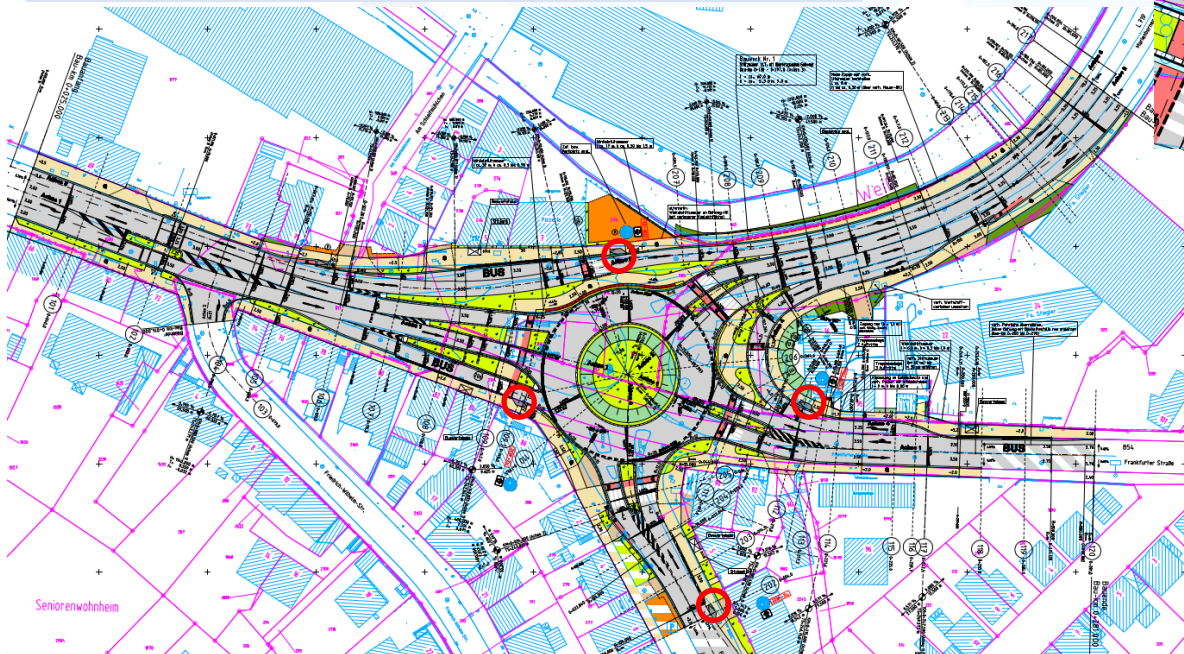


**Verkürzung von fußläufigen Verbindungen und Steigerung der Verkehrssicherheit!**

## Planerische Maßnahmen

### Radverkehr

- Führung im Knotenpunkt als Mischverkehr nicht zulässig
- Gehweg mit Zusatz „Radfahrer frei“
- Herstellung von Radfahrschleusen
- Konflikte ÖPNV
- Querungen in sämtlichen Knotenarmen
- Errichtung von Rad-Furten
- Empfehlung Alternativroute



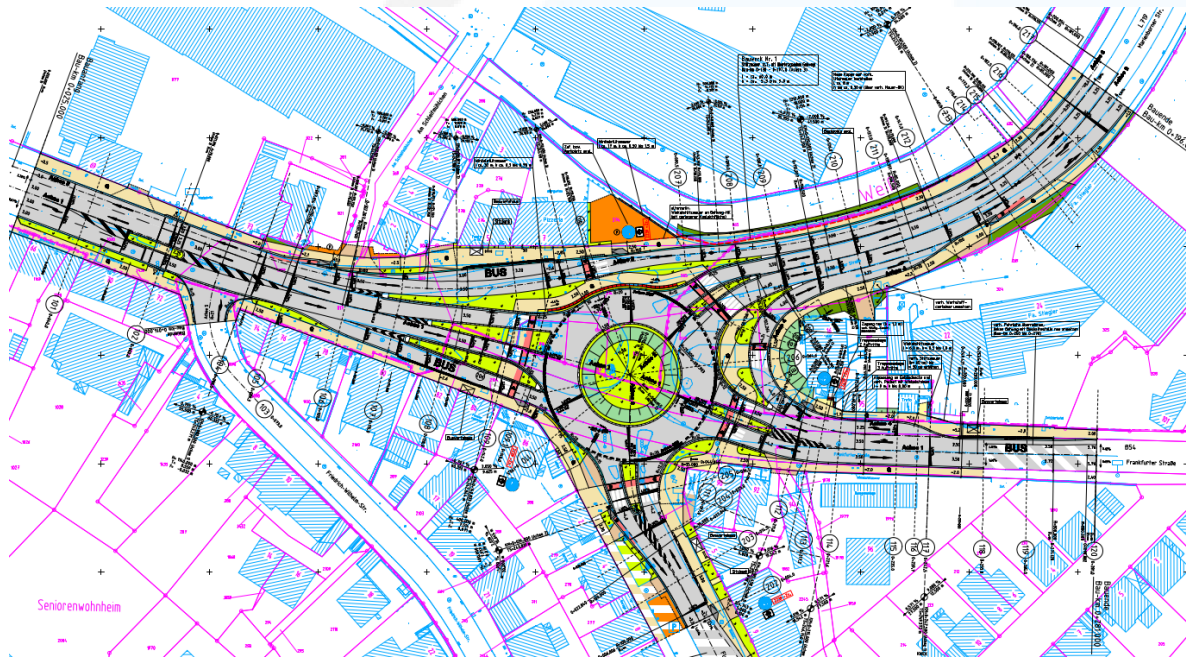
**Maximale Förderung des nicht-motorisierten Individualverkehrs unter vorh. Eigentumsverhältnissen!**



## Planerische Maßnahmen

### Infrastruktur + Ausstattung

- Umverlegung zahlreicher Ver- und Entsorgungsleitungen
- Erneuerung Hausanschlüsse durch ESi
- Umfassender Neubau der Knotenpunktbeleuchtung (hier: FGÜ)



**Rückbau des vorh. Beleuchtungstragnetzes (hier: Freileitung) und Errichtung von Einzelstandorten!**

**Reduzierung der Beeinträchtigung durch Synergieeffekte (hier: gemeinsame Maßnahme)!**

## Bauzeitliche Verkehrsführung

### Bauabschnittsbildung

- Umfangreiche Abstimmungen mit Polizei, Feuerwehr und Verkehrsträgern
- Sonderbauweisen als Zwangspunkte
- Vermeidung von „kleinteiligen Bauabschnitten“
- Bauabschnitt 1 als „vorbereitenden Maßnahmen“



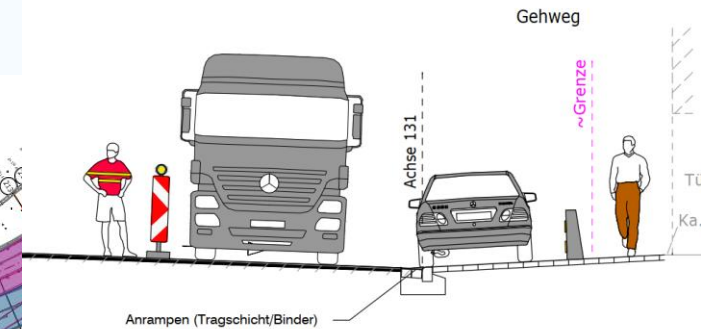
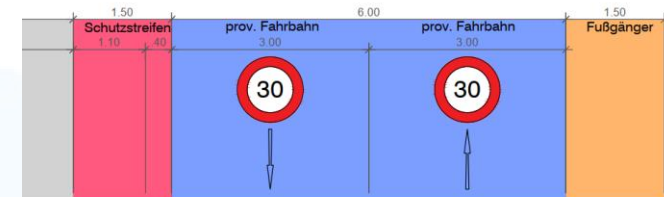
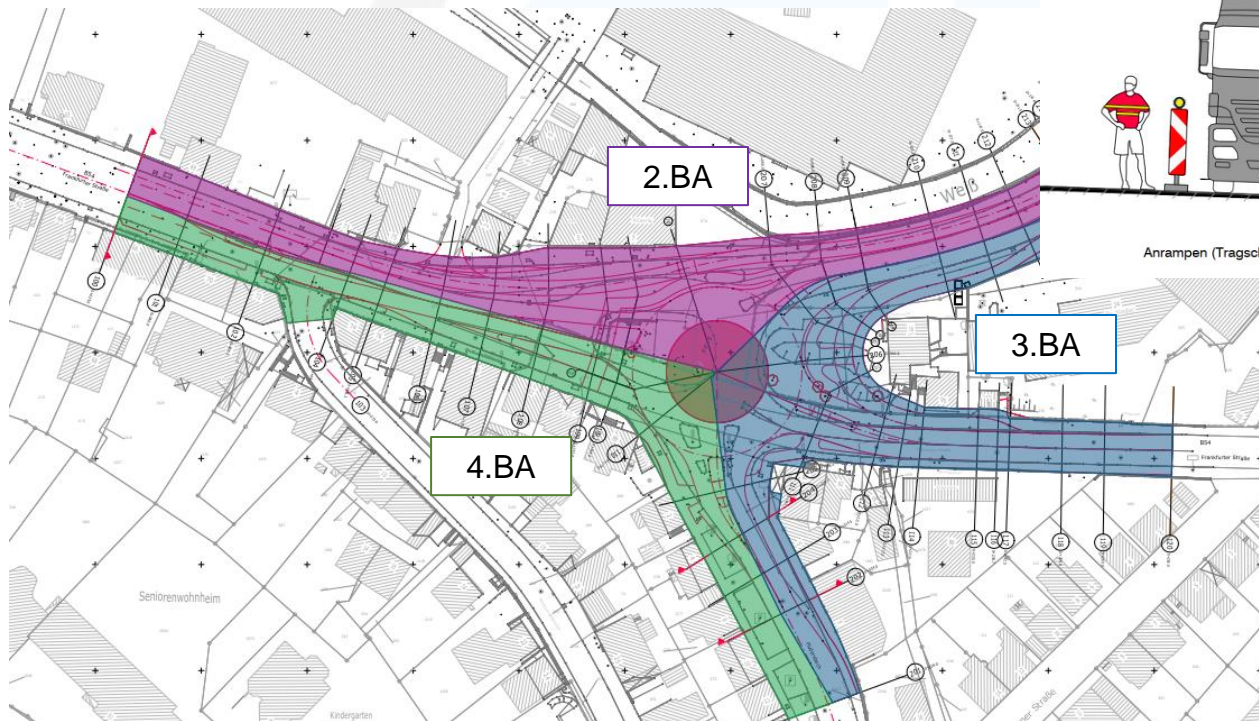
**Reduzierung der Beeinträchtigungen durch Beschleunigung der Bauzeit!**



## Bauzeitliche Verkehrsführung

### Bauabschnittsbildung - Grundlagen

- Planung gem. ASR
- Gewährleistung der Verkehrssicherheit Baufirma / Bürger
- Steigerung Flexibilität durch Sonderbauweise „Klebeborde“
- Führung der Verkehre im Zweirichtungsverkehr
- Übergreifende Bauabschnitte - ohne Zwischenzustände



**Gewährleistung der Verkehrssicherheit durch Begegnungsfälle und Schutzstreifen!**

**Verringerung der Beeinträchtigungen durch Erhaltung eines Zweirichtungsverkehrs!**

## Bauzeitliche Verkehrsführung

### 1. Bauabschnitt

- Rückbau bestehender Einbauten
- Kleinteilige Ausführung unter Verkehr (Tagesbaustellen)
- Vorrichtung der Bauphasen

**Bauzeit ca. 1 Monat**



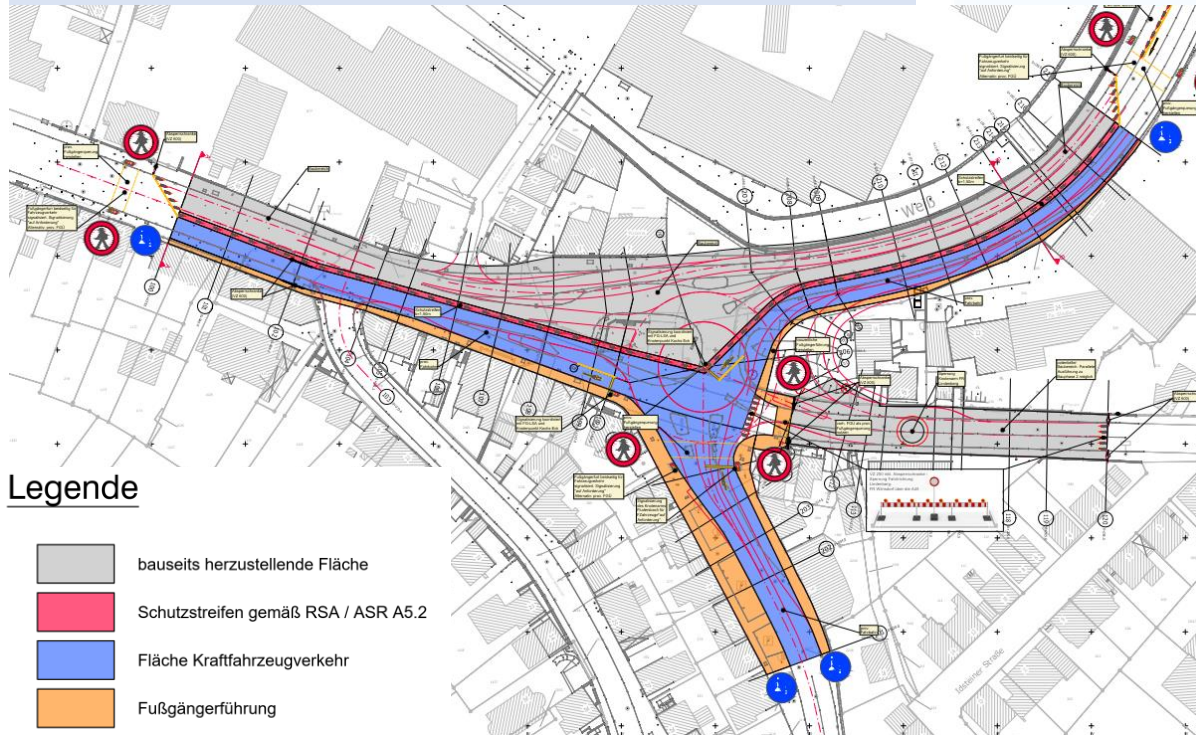
**Rückbau der vorh. Fahrbahnteiler/Tropfen und prov. Befestigung mittels Asphalttragschicht!**



## Bauzeitliche Verkehrsführung

### 2. Bauabschnitt

- Herstellung Ufermauer „Weiß“ und Frankfurter Straße (Nord).
- Straßenbau in FR Lindenberg
- Sperrung des Knotenarms Lindenberg
- Lichtsignalisierung koordiniert, Fludersbach auf „Anforderung“
- Erhaltung eines Zweirichtungsverkehrs
- Führung FG im Planungsbereich gewährleistet (vorh. + prov.)



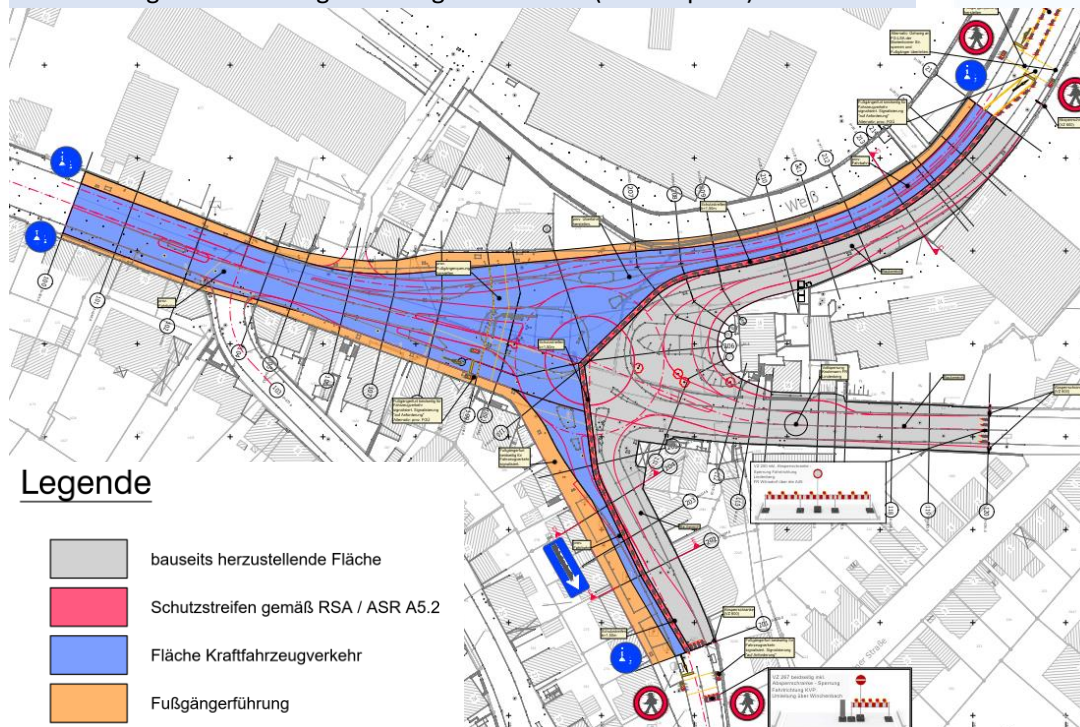
**Bauzeit ca. 12 Monate**

**Sperrung des Knotenarms „Lindenberg“ zur Reduzierung der Verkehrsbelastung!**

## Bauzeitliche Verkehrsführung

### 3. Bauabschnitt

- Herstellung Bypass Lindenberg – Kaan Marienborn.
- Straßenbau Knotenarm Lindenberg unter Vollsperrung
- Halbseitige Herstellung des Knotenarms Fludersbach
- Lichtsignalisierung koordiniert
- Knotenarm Fludersbach im Einrichtungsverkehr (Sicherheitsabstände)
- Erhaltung eines Zweirichtungsverkehrs
- Führung FG im Planungsbereich gewährleistet (vorh. + prov.)



**Bauzeit ca. 8,5 Monate**

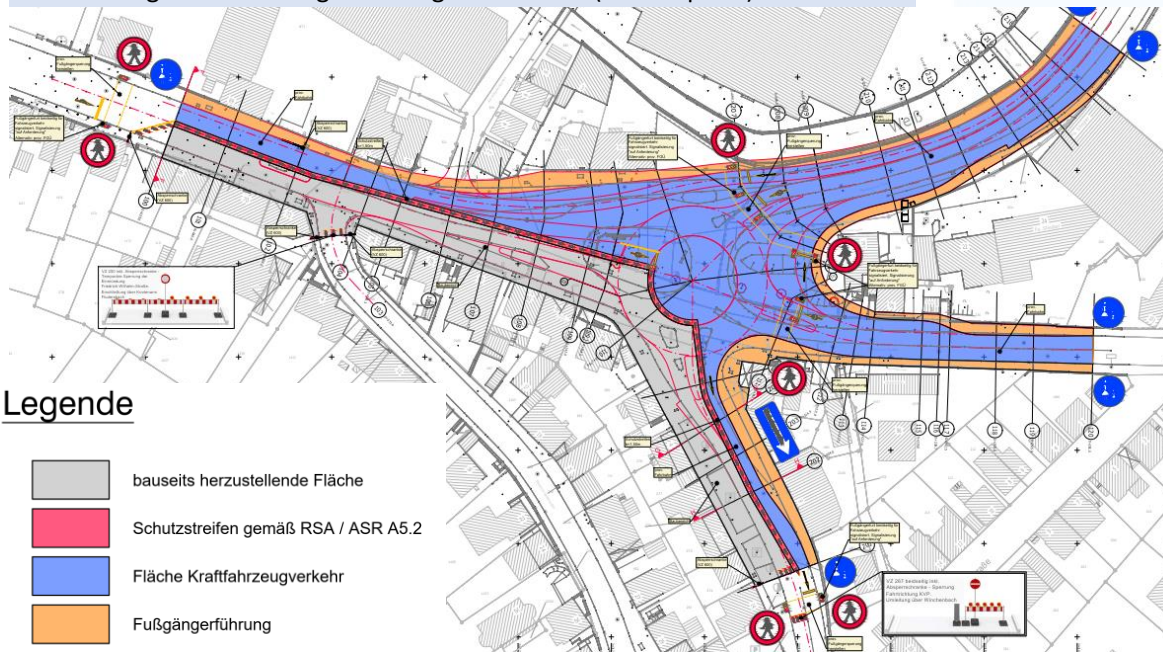
**Betrieb der Fludersbach im Einrichtungsverkehr aufgrund erf. Sicherheitsabstände!**



## Bauzeitliche Verkehrsführung

### 4. Bauabschnitt

- Herstellung Frankfurter Straße (Süd), Einmündung Friedrich-Wilhelm-Str.
- Öffnung des Knotenarms Lindenberg
- Halbseitige Herstellung des Knotenarms Fludersbach
- Lichtsignalisierung koordiniert
- Knotenarm Fludersbach im Einrichtungsverkehr (Sicherheitsabstände)
- Erhaltung eines Zweirichtungsverkehrs
- Führung FG im Planungsbereich gewährleistet (vorh. + prov.)



**Bauzeit ca. 8,5 Monate**

**Betrieb der Fludersbach im Einrichtungsverkehr aufgrund erf. Sicherheitsabstände!**

**Öffnung der Fahrbeziehung Lindenberg!**

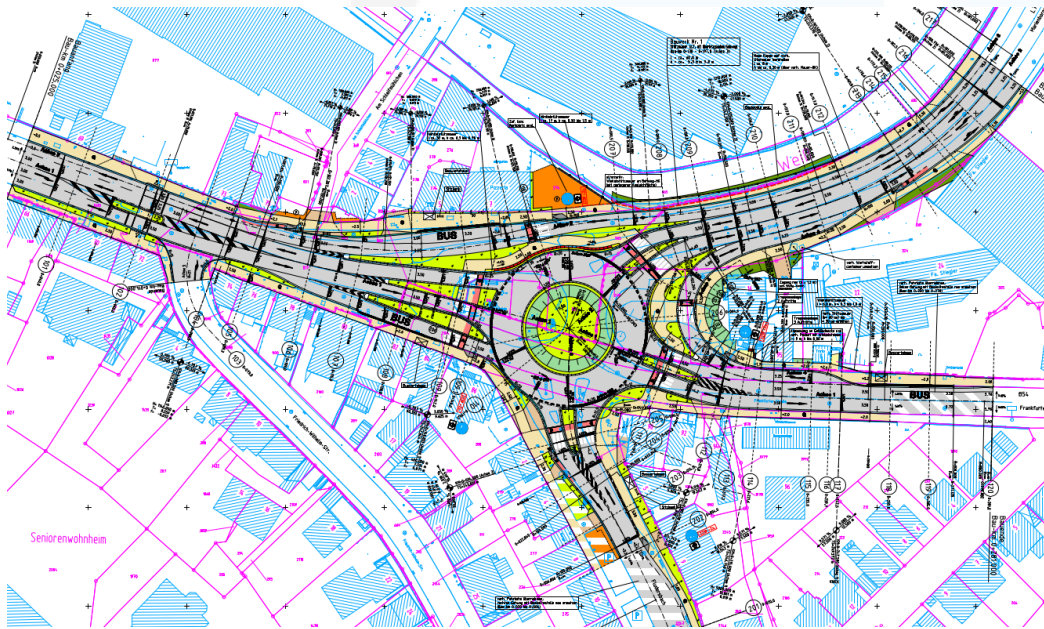
## Bauzeitliche Verkehrsführung

### 5. Bauabschnitt Bauzeit ca. 1 Monat

- Herstellung der Kreisinsel
- Kleinere „Restarbeiten“ in Nebenflächen

### 6. Bauabschnitt Bauzeit ca. 3 Wochen

- Herstellung der Gussasphaltdeckschicht in sämtlichen Fahrbahnflächen
- Ausführung Wochenends unter Vollsperrung des Knotenpunktes



**Gesamtbauzeit  
ca. 2,5 Jahre**

**Herstellung der Gussasphaltdeckschicht unter ganzheitlicher Sperrung des Knotenpunktes!**

**Die geschätzte Bauzeit des Gesamtvorhabens beträgt 2,5 Jahre!**



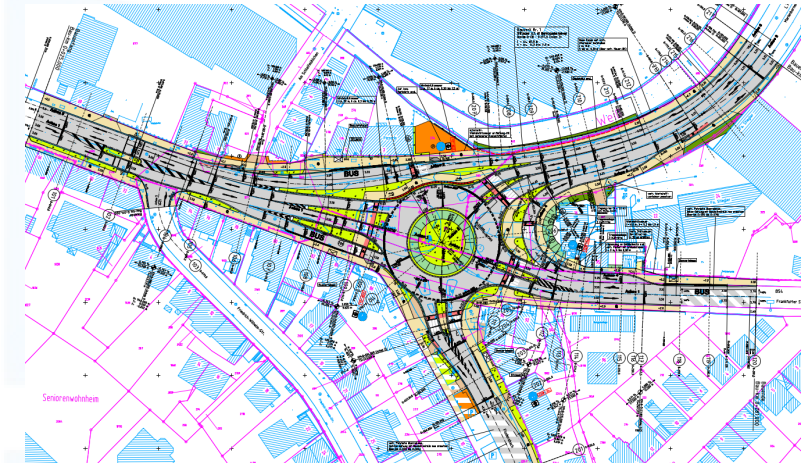
## Zusammenfassung

Beeinträchtigungen können nicht vermieden, aber stark reduziert werden.

Vorherrschende Nutzungsansprüche wurden umfassend, sofern möglich, berücksichtigt.

Moderne Verkehrsanlage nach aktuellen Stand der Technik.

Verkürzung der Bauzeiten durch Maximierung der Bauabschnitte.



**Vielen Dank  
Für Ihre Aufmerksamkeit!**



**Büro Reichshof**  
Rehwinkel 15  
51580 Reichshof- Odenspiel  
Tel.: 02297 9107 – 0  
Fax: 02297 9107 – 20  
info@klapp-mueller.de

**Büro Siegen**  
Eiserfelder Str. 316  
57080 Siegen  
Tel.: 0271 317971 - 0  
Fax: 0271 317971 – 29  
siegen@klapp-mueller.de

**Büro Neuwied**  
Bogenstraße 30  
56564 Neuwied  
Tel.: 02297 9107 – 0  
Fax: 02297 9107 – 20  
neuwied@klapp-mueller.de